Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 13 (1987)

Heft: 1-2

Artikel: Zur Umsetzung des "Fiebiger-Plans" in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Bode, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-894190

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Umsetzung des "Fiebiger-Plans" in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

von Christian Bode, Generalsekreätr der Westdeutschen Rektorenkonferenz

Résumé

L'auteur discute les problèmes et les difficultés qui sont liées à la réalisation du plan Fiebiger. On est parti de l'idée qu'en Allemagne fédérale, avec un corps professoral d'environ 20'000 personnes, la croissance annuelle des postes supplémentaires de 1 % devait être réalisée et cela d'abord dans les années 1985 - 1989 (phase de croissance). Pour les années 1990 - 1994, le nombre de 1000 postes supplémentaires demeure constant (phase de maintien) et dans les années 1995 - 1999 (phase de décroissance), il sera réduit progressivement à zéro. Toutefois, tous les Etats n'ont pas introduit le programme (voir tableau). Dans quelques uns d'entre eux, l'augmentation des effectifs de professeurs n'a eu pour résultat que de combler le vide laissé par des mesures d'économie. Avec les postes complémentaires, le financement des dépenses matérielles nécessaires n'est pas toujours assuré. Des différences existent quant à la manière dont les postes sont pourvus. Un problème consiste finalement dans le fait que, pour la réalisation du plan, les Etats du Sud disposent de moyens supérieurs à ceux du Nord, ce qui à long terme créera un désequilibre de la structure universitaire de la République fédérale allemande.

Die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses ist auf mittlere Frist das zentrale Problem der bundesdeutschen Hochschulen. Nach jüngsten Erhebungen (Karpen 1986) hat z.Zt. nur noch jeder 6. bis 7. an den bundesdeutschen Universitäten habilitierte Nachwuchswissenschaftler eine konkrete Aussicht auf Berufung in eine Professoren-Dauerstelle. Damit ist die Grenze zwischen einem vernünftigen Leistungswettbewerb und einer ruinösen Konkurrenz überschritten, was gerade die Besten zunehmend von einer wissenschaftlichen Karriere von vorneherein abzuschrecken droht. Bei einem Andauern der Situation müssen daher Schäden bis in die nächsten Jahrzehnte befürchtet werden.

Der Grund für diese Lage liegt in der unglückseligen Kombination dreier Effekte: zum einen der enormen quantitativen Expansion des Bildungs- und insbesondere des Hochschulwesens im Zuge der sechziger und siebziger Jahre mit der Folge, dass eine grosse Anzahl von Posten noch auf ein/zwei Jahrzehnte fèst vergeben sind und dann übrigens in grosser Zahl gleichzeitig freiwerden; zum anderen darin, dass die Jahrgänge der altersbedingt Ausscheidenden z.Zt. und für die nächsten Jahre unterproportional schwach besetzt sind; und schliesslich in der seit nunmehr einem Jahrzehnt ziemlich strikt durchgeführten Sparpolitik der öffentlichen Hand, die sich vor allem bei Neueinstellungen ausgewirkt hat und weiterhin auswirkt. Die Situation wird zusätzlich dadurch dramatisiert, dass inzwischen die Bildungsexpansion auch bei den Zahlen der Hochschulabsolventen durchschlägt, h.d. sehr viel mehr qualifizierte Absolventen auf den wissenschaftlichen und sonstigen Arbeitsmarkt drängen als alle Jahre zuvor.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat schon sehr frühzeitig, erstmals im Jahre 1979, als Ausweg aus dieser Situation den sog. "Fiebiger"-Plan propagiert, den der geistige Vater des Programms im voranstehenden Beitrag näher erläutert hat. Jahrelang ist diese Idee, trotz mancherlei Zustimmung von fachkompetenter Seite, vergleichsweise folgenlos geblieben.

Als die Situation sich weiter verschärfte, machten sich alle grossen Wissenschaftsorganisationen der Bundesrepublik (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftsrat, Westdeutsche Rektorenkonferenz, Arbeitsgemeinschaft der Grossforschungseinrichtungen und Fraunhofer Gesellschaft) dieses Programm in einem gemeinsamen Appell an die Regierungschefs von Bund und Länder zu eigen. Auch die Kultusministerkonferenz gab durch einen unterstützenden Beschluss ihren Segen.

Bei ihrem Memorandum gingen die Wissenschaftsorganisationen von einer Erhebung der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur Entwicklung der Erneuerungsrate des Professorenbestandes in den Jahren 1986 bis 2000 aus, die die WRK durch Umfrage bei ihren Mitgliedshochschulen ermittelt hat.

Das Ergebnis dieser Umfrage ist in der anschliessenden Tabelle wiedergegeben:

Tabelle 1: Prozentuale Erneuerungsrate des Professorenbestandes in den Jahren 1986-2000

Bundesland	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Baden-Württ.	1,8	2,0	2,2	2,0	3,0	2,8	3,4	4,7	4,2	4,2	2,7	3,2	3,7	3,3	4,5
Bayern	1,5	1,5	1,9	1,8	2,8	2,2	2,7	3,4	3,3	4,3	4,2	3,7	3,3	4,8	3,6
Berlin	1,0	1,1	1,1	1,9	3,0	2,6	3,0	3,4	3,8	3,9	3,5	3,5	3,6	4,2	5,3
Bremen	0,3	0,9	0,0	0,9	1,5	0,6	0,9	0,9	2,1	1,8	3,6	1,8	2,4	3,9	3,9
Hamburg	1,0	1,3	1,3	1,8	1,3	2,8	3,1	3,1	3,5	2,1	4,2	2,4	2,8	4,2	4,8
Hessen	1,6	1,4	1,2	2,3	2,3	2,3	2,9	3,7	3,2	4,0	3,2	3,9	5,7	3,6	6,5
Rhl.-Pf.	0,6	1,0	1,8	1,5	3,0	3,1	3,0	4,2	3,3	3,3	3,2	4,5	3,1	4,0	4,6
Niedersachsen	1,5	1,2	1,7	1,6	2,6	3,6	2,0	3,1	3,8	3,6	3,2	3,4	3,4	4,5	5,9
Nordrh.-Westf.	1,3	1,6	1,9	2,3	2,9	3,1	3,2	3,9	4,2	4,3	4,1	3,7	3,1	4,8	5,2
Saarland	2,9	4,0	3,6	2,5	5,8	5,4	4,7	2,1	2,9	5,4	3,6	2,9	7,2	7,2	7,6
Schlesw.-Holstein	4,0	2,2	1,7	2,6	2,4	2,2	4,7	3,1	4,7	2,9	3,5	4,2	3,8	5,8	6,2
Bundesgebiet Ø	1,4	1,5	1,7	2,0	2,7	2,8	3,0	3,7	3,7	3,9	3,6	3,5	3,5	4,4	5,0

Diese Ermittlungen gehen von einer Reihe von Annahmen und Prämissen aus, die hier nicht näher erläutert zu werden brauchen (vgl. im einzelnen Bode in Deutsche Universitätszeitung 21/1985, S.15 ff.). Da die Zusammenstellung lediglich Gesamt- bzw. Durchschnittszahlen enthält, lässt sie die unterschiedliche Situation in einzelnen Fächern sowie auch zwischen den einzelnen Hochschulen ausser acht. Denn solche Differenzierungen, die bei der Umsetzung eines Fiebiger-Programms durchaus Berücksichtigung verdienen, ändern an der generellen Tendenz und der Dringlichkeit eines Aktionsprogramms nichts.

Die Wissenschaftsorganisationen gingen in ihrem Memorandum ferner davon aus, dass eine jährliche Neuerungsrate von rund 4 % notwendig sei, um sowohl die Innovationsfähigkeit der Forschung zu gewährleisten als auch ein Mindestmass an individuellen Chancen für hochqualifizierte Nachwuchskräfte zu garantieren. Von dieser Prämisse ausgehend, müssten an sich für die nächsten Jahre mindestens 2 % zusätzlicher Stellen bereitgestellt werden. Angesichts der allgemeinen Rahmenbedingungen blieb man jedoch bewusst bescheiden und begnügte sich mit der Forderung nach einem Stellenzuwachs von 1 % für die Jahre 1985 bis 1989 (Aufbauphase), der sodann für eine anschliessende Fünfjahresperiode ("Bestandsphase") bis 1994 konstant gehalten und erst in der Zeit von 1995 bis 1999 ("Abbauphase") wieder sukzessive abgegeben werden sollte. Bezogen auf einen derzeitigen Professorenbestand an Universitäten von ca. 20.000 bedeutete dies fünfmal jährlich 200 Stellen, insgesamt also 1.000, deren Auf- und Abbau im übrigen in etwa synchronisiert verlaufen würde mit dem mutmasslichen Zuwachs und Abgang an Studentenzahlen im Laufe der nächsten 25 Jahre.

Den Ministerpräsidenten - bzw. ihren Finanzministern - ging eine solche quantitative Festlegung offenbar zu weit. Immerhin bekräftigten sie ihren Willen, "unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Ländern bei der Altersstruktur der Hochschullehrer und der bisher erfolgten unterschiedlichen

Ueberlastmassnahmen nach Massgabe der jeweiligen finanziellen Möglichkeiten... alles zu tun, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken und die damit verbundene Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern (Beschluss vom 28.2.1985).

Was die Umsetzung des Memorandums der Wissenschaftsorgansiationen für die einzelnen Länder der Bundesrepublik bedeuten würde, ist in der nachfolgenden Tabelle 2 deutlich gemacht. Dabei ist bewusst keine Rücksicht genommen worden auf die unterschiedliche (in ihrer Tendenz aber meist einheitliche) Erneuerungsrate in den einzelnen Ländern, vielmehr für alle Länder gleichermassen von der Notwendigkeit ausgegangen, 1 % ihres jeweiligen Professorenbestands in den nächsten 5 Jahren aufzustocken. Die Tabelle macht in ihrer abschliessenden Summenspalte zugleich die Zahlenarchitektur des bundesweiten Fiebiger-Programms deutlich.

Tabelle 2: Auf- und Abbau der von den Ländern zusätzlich einzurichtenden Professorenstellen gemäss dem Memorandum der Wissenschaftsorganisationen

	Aufbauphase					Bestandphase				
Bundesland	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Baden-Württ.	34	68	102	136	170	170	170	170	170	170
Bayern	28	56	84	112	140	140	140	140	140	140
Berlin	16	32	48	64	80	80	80	80	80	80
Bremen	4	8	12	16	20	20	20	20	20	20
Hamburg	11	22	33	44	55	55	55	55	55	55
Hessen	22	44	66	88	110	110	110	110	110	110
Niedersachs.	19	38	57	76	95	95	95	95	95	95
Nordrh.-Westf.	48	96	144	192	240	240	240	240	240	240
Rheinl.-Pfalz	10	20	30	40	50	50	50	50	50	50
Saarland	3	6	9	12	15	15	15	15	15	15
Schl.-Holst.	5	10	15	20	25	25	25	25	25	25
Bundesweit	200	400	600	800	1000	1000	1000	1000	1000	1000

Bundesland	Abbauphase 1995	1996	1997	1998	1999
Baden-Württemberg	136	102	68	34	0
Bayern	112	84	56	28	0
Berlin	64	48	32	16	0
Bremen	16	12	8	4	0
Hamburg	44	33	22	11	0
Hessen	88	66	44	22	0
Niedersachsen	76	57	38	19	0
Nordrhein-Westfalen	192	144	96	48	0
Rheinland-Pfalz	40	30	20	10	0
Saarland	1	9	6	3	0
Schleswig-Holstein	20	15	10	5	0
Bundesweit	800	600	400	200	0

Misst man nun an diesen Planvorhaben das, was inzwischen geschehen ist, so fällt der Vergleich für die meisten Bundesländer eher ernüchternd aus. Während die (finanzstärkeren und offenbar auch "forschungsbewussteren") Länderregierungen Baden-Württembergs und Bayerns bereits im Jahr 1985 Programme aufgelegt haben, die in etwa den Vorstellungen der Wissenschaftsorganisationen entsprechen, sind in einer Reihe anderer, zumeist finanzschwacher Länder bis heute keine vergleichbaren Massnahmen ergriffen worden. Eine Mittelgruppe von Ländern hat mit ihren Programmen im Jahre 1986 begonnen, bleibt aber - bis auf Berlin - hinter den quantitativen Zielvorgaben mehr oder minder deutlich zurück. Nimmt man einmal das Jahr 1986 als bundesweites Startjahr, so sind in diesem Jahr statt der geforderten 200 Stellen knapp 130 Stellen neu geschaffen worden - je nach Standpunkt "nur" oder "immerhin". Der Fairness halber muss aber hinzugefügt werden , dass zur gleichen Zeit in einigen Ländern zusätzliche Stellen oder jedenfalls Personalmittel an die Hochschulen geflossen sind, um entweder besondere technologieorientierte Programme zu initiieren oder aber um Ueberlasten in der Lehre vorübergehend abdecken zu können; vollständig wird das Bild jedoch erst, wenn man die gleichzeitigen Stellensperrungen und -streichungen wieder abrechnet, die nach Ermittlungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz im gleichen Zeitraum rund 2

bis 3 % des Personalbestandes ausgemacht haben. Nimmt man alles zusammen, so bleibt unter dem Strich immer noch ein insgesamt rückläufiger Personalbestand (ausgenommen Hochschulkliniken).

Eine gewisse Ernüchterung ist auch am Platze, was die Ausstattung der neugeschaffenen Fiebiger-Stellen betrifft. So sind lediglich in den Ländern Baden-Württemberg und Berlin auch "ordentliche" Professuren der Besoldungskategorie C 4 vorgesehen, während die anderen Länder sich auf C 3 bzw. C 2-Stellen (letztere werden pro futuro durch die jüngste Besoldungsnovelle abgeschafft) beschränken. Noch schwerer wiegt, dass es sich im allgemeinen um "nackte" Professuren handelt, dass also die sächliche Grundausstattung von den Hochschulen aus deren ohnehin angespannten Etats beigegeben werden muss. Es leuchtet ein, dass dies die Akzeptanz der neuen Fiebiger-Professuren nicht gerade erleichtert. Das Memorandum hatte hier immerhin eine Dotierung von 200.000 DM für Gehalt und Ausstattung vorgesehen, was eine zwar knappe aber doch auskömmliche Grundausstattung ermöglicht hätte. Einen zusammenfassenden Ueberblick über den derzeitigen Stand der Realisierung (Januar 1987) gibt die nachfolgende Tabelle (s.S. 24-25).

Von Interesse dürften auch die unterschiedlichen Verfahren sein, nach denen die Stellen an die einzelnen Fakultäten zugeteilt und in denen sie anschliessend besetzt werden. Hier stehen sich im wesentlichen zwei Alternativen gegenüber, die am deutlichsten in Baden-Württemberg einerseits und Bayern andererseits ausgeprägt sind und sich in den Verfahren der übrigen Länder zum Teil in gewissen Mischformen wiederfinden. In Baden-Württemberg ist für die Zuteilung der Stellen in erster Linie die Erneuerungsrate in den einzelnen Fakultäten, d.h. der Bedarf an Nachwuchswissenschaftlern, entscheidend. Ist danach eine Stelle zugeteilt, wird sie, wie auch sonst üblich, bundesweit ausgeschrieben und nach einem regulären Berufungsverfahren mit dem besten Kandidaten (einerlei welcher regionaler Herkunft) besetzt. In Bayern dagegen geht man zunächst vom Angebot hochqualifizierter Nachwuchskräfte aus, für die - nach dem Grundsatz "Leistung muss honoriert werden" - gegebenenfalls auch unab-

Uebersicht über die Realisierung des Fiebiger-Plans in den

Realisierung der Fiebiger-Modelle	Baden-Württ.	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg
Stellen pro Jahr	40 C4 24 C3 16	20 C2/C3 (b.Umwandl. i.Stellen Besold.n. C3)	18 C3/C4	Kein Fiebiger-Modell	Kein Fiebiger-Modell
Dauer von-bis	85-89 gegen KW-Vermerke jeweils inn. v.10 Jahren	85-88 Verläng. ist vorgesehen	86-90		
Voraussetzungen für Stellenbewilligung	Erneuerungsrate i.Uni besonders niedrig	Nachweis qualifiz. Personal	überwiegend nachweis d.Bedarfs		
Altersgrenze	45	40	40		
Stand der Realisierung	Berufg.-Verfahr. laufen	beschlossen und eingeleitet	10 Rufe sind erteilt,4 bereits angenommen		

Ländern der Bundesrepublik (Stand Januar 1987)

Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarl.	Schl. Holst
10 C3	15 C2/C3	1987 C4 10 C3 20 1986 C3 10 A/B 10	vorerst insg. 9 Stellen C3 3 in 86 9 in 87	Planungen zur Einführung eines Fiebiger-Modells	Kein Fiebiger-Modell
86-90	86-90	86-89	ab 86		
allg. Fördg. d.Berufgs.-Chancen d.wiss. Nachw.	Nachweis qualifiz. Personal	a)Erneuer.-bedarf soweit strukturell gerechtfert. b)Höchstqualifikation c)persönliche Härte	Stärkung d.Forsch. u.d.wiss. Nachwuchses		
keine	45	a)keine b) 45 Jahre c) keine	möglichst unter 40		
beschlossen und eingeleitet	beschlossen und eingeleitet	Einstieg beschlossen und eingeleitet	beschlossen und eingeleitet		

hängig vom Bedarf eine Stelle in den von ihnen gewünschten Fakultäten bayerischer Hochschulen gesucht wird. Die Auswahl der Kandidaten erfolgt in Form eines landeszentralen Auswahlverfahrens durch eine unabhängige Kommission. Sind auf diese Weise die Wünsche der Ausgewählten mit der Bereitschaft der potentiell aufnehmenden Hochschule zur Deckung gebracht, wird dieser Hochschule die Stelle zur anschliessenden Ausschreibung, Berufung und Besetzung zugewiesen. Dies ist sozusagen ein angebots- und nicht primär nachfrageorientiertes Modell, das überdies zumindest in der Vorauswahlphase stark auf das Angebot an hochqualifizierten bayerischen Nachwuchskräften ("Landeskinder") orientiert zu sein scheint. Immerhin ist auch hier das Ausschreibungs- und das Berufungsverfahren wie üblich bundesweit ausgestaltet, also auch für alle übrigen Nachwuchskräfte offen; es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang dieses Verfahren zur Berufung ausserbayerischer Bewerber führt. Bei allem Verständnis für fürsorgliche Motive des "Landesherrn" sollte doch der Grundsatz der überregionalen Freizügigkeit gerade für die besten Nachwuchskräfte unangetastet bleiben; überdies dürfte es nicht zuletzt im wohlverstandenen eigenen Interesse des Landes liegen, die besten Köpfe an die eigenen Universitäten zu ziehen.

Schlussbemerkung

Für eine Bilanz der bisherigen Bemühungen um das Fiebiger-Programm ist es gewiss zu früh. Ermutigung und Enttäuschung halten sich die Waage. Immerhin bleibt festzustellen, dass in die lange Zeit ganz immobile, ja degressive Stellenbesetzungspolitik der Länder (Hochschulkliniken ausgenommen) etwas Bewegung hineingekommen ist und das politische Problembewusstsein für die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses unzweifelhaft gewachsen ist.

Anlass zu sorgenvoller Betrachtung geben vor allen Dingen zwei Punkte: zum einen wird in vielen Ländern (ausdrücklich ausgenommen Baden-Württemberg und Bayern) hier mit der einen Hand

offenbar nur etwas gegeben, was zuvor mit der anderen Hand mindestens in gleichem, meist stärkerem Umfang durch Stellenbesetzungssperren und Streichungen eingesammelt worden ist. Auch das lässt sich je nach Standpunkt ambivalent bewerten: der Pessimist wird das Ganze als ein nur notdürftig kaschiertes und leicht gemildertes Stelleneinzugsverfahren kritisieren; der Optimist wird sich damit trösten, dass die ohnehin unvermeidbaren Stellenreduktionen immerhin am einem zentral wichtigen Punkt gemildert worden sind. Vieles spricht, wenn man die ungünstige Ausgangslage und die immer noch geltenden Rahmenbedingungen berücksichtigt, für die letztere, optimistischere Bewertung.

Der zweite Anlass zur Sorge ist das immer deutlicher zutage tretende regionale Süd-Nord Gefälle zwischen den einzelnen Ländern, das weniger (aber wohl auch) auf unterschiedliche wissenschafts- und forschungspolitische Strategien der Länder, sondern vielmehr auf deren unterschiedliche Finanzausstattung zurückzuführen ist. Wenn dieser Trend - der sich nicht nur beim Fiebiger-Programm zeigt - auf weitere Jahre anhalten sollte, wäre längerfristig schwerer Schaden für das Gleichgewicht der Hochschulstruktur in der Bundesrepublik zu erwarten. Nach Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz ist daher längst der Zeitpunkt gekommen, wo der Bund aufgrund seiner Mitverantwortung für die Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu ausgleichender Hilfe aufgerufen ist. Noch freilich sind auf dieser Ebene der Worte mehr als der Taten. Es bleibt abzuwarten, ob die neue Legislaturperiode ein dringend notwendiges nationales Programm zur Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses bringt.